



Alliierte mägen ihre Forderungen

Note an Deutschland kein Ultimatum, sondern eine Aufforderung zur Unterzeichnung des Protokolls; kein Truppenmarsch.

Alliierte mögen tun, was sie wollen, sagt Mosk.

Paris, 8. Dez.—Die neueste Note der Alliierten an Deutschland enthält genügend Konzessionen, um einer Besetzung weiterer Gebiete in Deutschland durch die Alliierten zu verhüten. Diese Nachricht ist offiziell. Diese Konzessionen sind, so wird gesagt, weitgehend genau, um die deutsche Regierung zu veranlassen, das Protokoll zu unterschreiben. Wenn gleich in der Note die sofortige Annahme des Protokolls verlangt wird, so ist doch der letzte Paragraph, in welchem mit einem Einmarsch in Deutschland gedroht wird, in Wegfall geraten. Der wichtigste Punkt vom deutschen Standpunkt aus ist wohl der, daß das Versprechen gegeben wird, die Kriegsverhaftungen sofort nach der Ratifikation des Vertrags heimzuführen.

Die Forderung, Troopendocks und Marinematerial als Ersatz für die verlorene Flotte in Scapa Flow herauszugeben, ist ebenfalls erniedrigt worden. In der Note wird verlangt, daß 400.000 Tonnen des verlangten Materials allmählich geliefert werden sollen, ohne daß Deutschlands Seeweien verkrüppelt wird.

Die Abwendung der Note ist absichtlich verzögert worden, um den Alliierten Zeit zu geben, sich für einen Einmarsch in Deutschland vorzubereiten, falls die deutsche Regierung die Note ablehnen sollte. Auch wurde die britische Delegation auf Anweisungen von London, da sie allein die Verantwortung weiterer Unternehmungen gegen Deutschland nicht übernehmen wollte. Der Oberste Rat der Friedenskonferenz wird in seiner heutigen Sitzung den Zeitpunkt für die Abwendung der Note bestimmen.

Die hiesige deutsche Delegation erklärt, daß, falls die Note ein Ultimatum sei, sie dieselbe nicht akzeptieren werde; ist dieselbe aber in versöhnlicher Tone abgefaßt, dann wird sich die Nationalversammlung mit derselben befassen.

Amerikaner beantragen Milderung.
Es wurde heute bekannt, daß die amerikanischen Friedensdelegation eine Milderung der Note an Deutschland beantragt und mit ihrem Antrag auch durchdrungen. Autorität wird gesagt, daß, falls die deutsche Regierung die Note nicht akzeptiert, eine Blockade über Deutschland verhängt werden wird.

London, 8. Dez.—Der Exchange Telegraph hat von Paris eine Depesche erhalten, daß die Note an Deutschland kein Ultimatum, sondern eine formelle Aufforderung an die deutsche Regierung zur Unterzeichnung des Protokolls bilde.

Moske wird nicht nachgeben.
London, 8. Dez.—Weißensminister Mosk ist entschlossen, das Nachtragprotokoll zum Friedensvertrag unter keinen Umständen zu unterschreiben und wird auch die übrigen Regierungsmitglieder zu bestimmen zwingen, solches nicht zu tun. In diesem Sinne äußerte er sich Samstag einem Vertreter der Daily Mail gegenüber, sagend:

„Der Zeitpunkt ist jetzt für Deutschland gekommen, sich bis zum äußersten zu widersetzen. Ich kann allerdings nicht namens der ganzen Regierung sprechen, weil man noch keine Entscheidung über das Protokoll gefaßt hat, werde aber erklären, daß dasselbe nicht unterschrieben wird. Die Möglichkeitengrenzen sind längst überschritten worden. Die Alliierten können das Land besetzen, falls sie das zu tun beschließen. Der Friede, den man uns jetzt anbietet, ist gar kein Friede, sondern eine Verlängerung des Krieges. Ich glaube, daß sich ein von den deutschen Völkern angenommener Friede sich an den Männern, die ihn unterschreiben, selbst rächen wird, und zwar mit Recht. Großbritannien und Frankreich planen die abschließliche Zerschlagung Deutschlands. Alles Vertrauen, das ich bisher den Alliierten entgegengebracht habe, ist dahin. Durch Betrug und Hinterlist haben sie die Regierung der beiden Länder die öffentliche Meinung auf Deutsch-

Jenkins Freilassung ist rätselhaft

Mexikanischer Finanz-Minister bezeichnet H. E. Presse als feil und skandalös.

Washington, D. C., 8. Dez.—Es ist noch nicht ganz klar, ob die rätselhafte Freilassung des mexikanischen Finanz-Ministers Jenkins, dessen Haft zu Puebla fast zu einer internationalen Krise geführt hätte, in Wirklichkeit dem Verlangen der Per. Staaten nachgegeben hat oder nicht. Das Staats-Departement hat sich nicht imstande, Beleg für die Wahrheit der Presse-Nachrichten, welche Jenkins gegen Bürgschaft auf freien Fuß zu lassen ließen, aufzuweisen. Ähnliche Berichte von amerikanischen Boten in Mexiko, daß Jenkins selber im Dunkel über die Umstände der Freilassung herbeigeführt, daß er aber eigene Hand Unternehmungen anstelle.

Genien in Mexiko.
Mexico City, 7. Dez.—Zuletzt, der den Verdacht nach die Freilassung für Jenkins gestellt hat, bemängelte alle A. Punkt. Seit seiner Ankunft in der Stadt Mexiko vor etwa 10 Tagen soll er häufig Unternehmungen mit dem Finanz-Minister Cabrera gehabt haben.

Cabrera über H. E. Presse.
Mexico City, 7. Dez.—Der mexikanische Finanz-Minister Cabrera hat sich in der mexikanischen Zeitung „El Universal“ über den Fall Jenkins geäußert. Er sagt unter anderem, daß derselbe ein unbedeutendes Mitglied der Freilassung sei, welche die H. E. Presse verantwortet hat, welche ohne Ausnahme in den Händen einer Gruppe von ehegeheigen Leuten in Dienste einer schändlichen Politik sei.

Senat erwartet Rat schläge Wilsons

Washington, 8. Dez.—Das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten erwartet die Rat schläge des Präsidenten über die mexikanische Frage.

Washington, 8. Dez.—Das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten erwartet die Rat schläge des Präsidenten über die mexikanische Frage. Nachdem diese gehört ist, wird man zur Entscheidung über die Resolution des Senatsrat über die Freilassung des mexikanischen Finanz-Ministers Jenkins übergehen. Man erwartet, daß der Rat des Präsidenten sich gegen den Antrag aussprechen wird, da ein Abrück der diplomatischen Beziehungen gerade jetzt weder notwendig noch nützlich sei. Sollten die Rat schläge des Präsidenten rechtzeitig im Senatskomitee eintreffen, daß das Komitee seine Beratungen nicht aufzuschieben braucht, so dürfte der heutige Tag entscheiden, ob der Kongreß oder der Präsident die ausschlaggebende Rolle in der Entscheidung der mexikanischen Frage spielen wird.

Österreich bittet um einen Diktator

Wien, 8. Dez.—Der Oberste Rat hat den österreichischen Kanzler, Dr. Karl Renner, davon benachrichtigt, daß er persönlich vor dem Obersten Rat in Paris erscheinen könne, um die Notlage seines Landes zu schildern.

Wien, 8. Dez.—Der Oberste Rat hat den österreichischen Kanzler, Dr. Karl Renner, davon benachrichtigt, daß er persönlich vor dem Obersten Rat in Paris erscheinen könne, um die Notlage seines Landes zu schildern. Renner wird sein Gesuch um sofortige Hilfe dadurch verstärken, daß er den Eintritt der jetzigen Regierung anbietet, und den Alliierten die Ernennung eines neutralen Diktators und Regierungstabes freigestellen wird.

Von Innsbruck werden erste Briefe Profkandale berichtet. Ein Haufen von Männern, Weibern und Kindern drang gewaltfam in Lagerhäuser, Restaurationen, Hotels und das Schulden-Kollektum ein, und plünderte und zerstörte überall.

Soviet-Regierung rächt Jarenmord

Kopenhagen, 8. Dez.—Nach einer hier eingetroffenen Nachricht des russischen Regierungsvorgans „Pravda“ wurde M. Jachontoff, ein Mitglied des Soviet von Jaternburg, wegen Mord an dem russischen Reichspräsidenten Nikolai im Juni 1918 vor kurzen durch die Soviet-Regierung zu Kern zum Tode verurteilt und enthauptet.

Heimkehrende Soldaten wahren Polizeirecht

San Francisco, Cal., 8. Dez.—Einhundert amerikanische Soldaten trafen hier auf dem Dampfer Sheridan von San Pedro ein. Große Plakate an den Seiten des Schiffes verkündeten: Achtung, Polizeirecht! Wir kehren heim, um der amerikanischen Region beizutreten.

China und Japan veruneinigen sich

Lojio, 5. Dez. (Verpätet).—Die chinesische Regierung hat dem Auswärtigen Amt eine zweite Beschwerde über die Abnahme japanischer Truppen bei Tschiang aufstellen lassen.

Lojio, 5. Dez. (Verpätet).—Die chinesische Regierung hat dem Auswärtigen Amt eine zweite Beschwerde über die Abnahme japanischer Truppen bei Tschiang aufstellen lassen. Die Unruhen begannen am 15. November durch Angriffe von Japanern und Formosianern auf chinesische Studenten, die zum Boykott japanischer Handelswaren aufforderten. China reichte seinen ersten Protest gegen Ende November ein, als japanische Vertreter schon nach Tschiang unterwegs waren. Es wird befürchtet, daß die Angelegenheit zu ernstlichen diplomatischen Verhandlungen führen wird.

Erzberger reicht Steuervorlage ein

Berlin, 8. Dez.—Finanzminister Erzberger begann Samstag den Kampf um die Steuervorlagen mit einer zweifelhafte Rede.

Berlin, 8. Dez.—Finanzminister Erzberger begann Samstag den Kampf um die Steuervorlagen mit einer zweifelhafte Rede. Er sagte, die Leute, welche noch die Ansichten von vor dem Kriege vertreten, würden die Vorlagen nicht gefallen. Die drei Hauptsteuervorlagen, die erlegt werden müssen, sind die nationale und lokale Steuervorlage, die Einkommensteuer und das nationale Lotteriegeld. Alle drei Vorlagen sind von weittragender nationaler und wirtschaftlicher Bedeutung. Der Entwurf der nationalen und lokalen Steuervorlagen, erniedrigt die Bundesstaaten und Gemeinden. Steuern zu erhöhen, wenn sie nicht mit den nationalen Steuern in Konflikt geraten oder gegen die Verfassung verstoßen.

Bei der Einkommensteuer sind die ersten 1000 Mark frei. Für die nächsten 1000 Mark beträgt die Steuer zehn Prozent; die Steuer steigt bis zu 15.000 Mark um 1 Prozent. Einkommen von über 500.000 Mark werden mit 60 Prozent besteuert.

Ein Mann, der ein Einkommen von 100.000 Mark vor dem Kriege hatte, muß die Hälfte dem Staat als Steuer zahlen; hierzu kommen noch lokale Steuern von 20.000 Mark.

15 Polizisten wegen Mordes verhaftet

Frankfurt, 8. Dez.—Drei- zehn Polizisten, Mitglieder jenes Aufgebots, das am 22. November die Unionisten in Bogalusa bei der Verhaftung eines farbigen Arbeiterführers tötete, sind unter der Beschuldigung des Mordes verhaftet worden.

Frankfurt, 8. Dez.—Drei- zehn Polizisten, Mitglieder jenes Aufgebots, das am 22. November die Unionisten in Bogalusa bei der Verhaftung eines farbigen Arbeiterführers tötete, sind unter der Beschuldigung des Mordes verhaftet worden. Sie wurden später gegen Stellung von je \$40.000 Bürgschaft bis zur Zeit der Verhandlung ihres Falles auf freien Fuß gesetzt. Die Bürgschaft wurde von 135 Personen aufgebracht.

Gerichtsverhandlung aufgeschoben

Judicapolis, 8. Dez.—Die hiesige Großgeschmorneninstanz, welche zur Untersuchung der Bratliner der Grubenarbeiter und der Bergleute einberufen war, ist einwöchentlich aufgeschoben worden.

Judicapolis, 8. Dez.—Die hiesige Großgeschmorneninstanz, welche zur Untersuchung der Bratliner der Grubenarbeiter und der Bergleute einberufen war, ist einwöchentlich aufgeschoben worden. Richter Anderson wird, nachdem er mit dem Generalanwalt eine Unterredung gehabt, entscheiden, ob überhaupt das Geschmornengericht in Tätigkeit treten wird oder nicht.

Die Folgen eines Mordanfalls

Atlanta, Ga.—Nebel Robinson, die Tochter der Frau Carl Willard, sitzt im County-Gefängnis wegen eines Mordverdachts auf den zweiten Mann ihrer Mutter, die ihn am Donnerstagabend getötet hatte.

Atlanta, Ga.—Nebel Robinson, die Tochter der Frau Carl Willard, sitzt im County-Gefängnis wegen eines Mordverdachts auf den zweiten Mann ihrer Mutter, die ihn am Donnerstagabend getötet hatte. Der Mann wurde lebensgefänglich durch mehrere Schüsse vermurdet. Nun hat die Carl Willard ihrer Tochter eine Vollmacht erteilt, die sie ihr vor längerer Zeit ausgestellt hatte und hat den Widerruf bereits im City County-Gericht eingereicht. Auch hat die Frau eine Klage eingereicht zur Wiedererlangung von \$4100, welche die Tochter seit langer Zeit im Besitz hat, unter der Auflage, daß das Geld zum Nachlaß ihres ersten Mannes gehört.

Sioux City, Iowa.—Der 16 Jahre alte Carl Hammer wurde von seinem Bruder durch Zufall erschossen, während er beim Holzhandeln tätig war. Der jüngere Bruder löste sich im Schießen und eine Kugel ging so weit ab vom Ziel, daß der ältere Bruder in die Stirn getroffen wurde und sofort tot hinfiel.

Millionär setzt \$117,000,000 in Legaten an.
New York, 8. Dez.—Das hier veröffentlichte Testament des verstorbenen Multi-Millionärs S. C. Frick gibt alle seine Reichtümer, mit Ausnahme von \$25,000,000, an öffentliche, wohltätige und erzieherische Anstalten. Die Universität von Princeton erhält \$25,000,000, Harvard und das technologische Institut von Massachusetts je \$5,000,000. Eine große Reihe von gemeinnützigen und wohltätigen Anstalten sind je mit \$500,000 bedacht worden. Der an die Seite geliegte Betrag von \$25,000,000 fällt Fricks Witwe, seiner Tochter und seinem Sohne zu.

Blutige Unruhen in Italien

Mantua ist während zwei Tagen den Ausschreitungen des Pöbels preisgegeben.

Mantua, 8. Dez.—Verpätete Berichte über Unruhen in Mantua am Mittwoch und Donnerstag der letzten Woche geben den Verlust an Menschenleben auf 8 und die Zahl der Verwundeten auf 42 an. Der Pöbel griff die kleine Garnison an, zerstörte Telegraphen und Telefonverbindungen, unterbrach den Bahnverkehr, plünderte die Waffenläden, erschürte das Gefängnis und befreite die Gefangenen und hielt die Polizei und das Militär in Schach, bis eingetroffene Verstärkungen, namentlich Maschinengewehrtruppen, endlich am Donnerstag abend die Ruhe wieder herstellten konnten. Die Unruhen sind darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterkammer zu Mantua einen Streik ohne Ausschreitungen“ ant hieß. Die Unruhen wurden von 500 Streikern begonnen, denen sich bald der Pöbel und das anarchische Element zugesellte. Dem Anführer auf die Soldatenquartiere suchten die wenigen Besatzungsmannschaften durch Feuer in die Luft zu begegnen. Darauf plünderte der Pöbelhorden die Eisenbahnstation, verbrannte und zerstörte die im Restaurant aufgestellten Tische und Bänke, und rief die Schienen auf, um Hänge am Einstreifen und Abfahrten zu verhindern. Darauf wurden die Gefangenen überhandeln und alle Gefangenen, meistens gewöhnliche Verbrecher, befreit und mit Waffen versehen. Der Eigentümer eines der geschändeten Waffenhäuser versteckte sich in einem Hinterzimmer und fand den Flammend, als der Pöbel nach geschickter Ausplünderung den Laden in Brand steckte.

Washington hofft auf Ende des Streiks

Zugbeschränkungen werden, falls man sich einigt, bis zum 1. Januar aufrecht erhalten bleiben; Kohlenzufuhr die Hauptsache.

Washington, 8. Dez.—Im Weißen Hause wurde heute folgende Erklärung abgegeben: „Es ist die Hoffnung vorhanden, daß der Kohlenarbeiterstreik Dienstag nachmittag bis einschließlich beilegt werden wird, indem man den vom Präsidenten vorgelegten Plan annimmt.“

Springfield, Ill., 8. Dez.—Vize-Präsident Harry Fisk wird von der Kohlenarbeiterkammer zur beiderseitigen Lohnkommission zur Arbeit zurückzuführen sollen. Die Beschränkung des Bahnverkehrs wird dann noch mehrere Wochen aufrecht erhalten bleiben, um den Kohlenzufuhr freie Bahn zu geben, damit die leeren Kohlenbehälter der Fabriken wieder gefüllt werden können. Gleich noch keine Einzelheiten über den von Präsident Wilson angelegten Plan zur Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks bekannt sind, heißt es dennoch, daß eine Lohnerhöhung von mehr als 14 Prozent nicht in Anrede gebracht worden ist. Zwischen befinden sich Regierungsbeamte und Vertreter der Regierung auf dem Wege nach Indianapolis, wo morgen die Konferenz stattfindet. Generalbundesanwalt Palmer ist davon überzeugt, daß der Streik beilegt werden wird. Es heißt, daß Palmer sofort nach seinem Eintreffen in Indianapolis mit Richter Anderson Rücksprache nehmen wird.

Spanisches Kabinett wird resignieren

Madrid, 8. Dez.—Wenn König Alfonso von seinem unterbrochenen Jagdausflug in seine Hauptstadt zurückkehrt, wird ihm das ganze Kabinett Laca Geluche um sofortige Entlassung unterbreiten. Dieser Entschluß wird durch den Rücktritt des Kriegsministers veranlaßt, welcher wegen einer ehrenrührigen Kaschierung von 23 Offizieren resignierte. Man erwartet die Bildung eines neuen konservativen Kabinetts. Die Sozialisten erklären, daß sie die Berufung eines militärischen Kabinetts durch einen Generalstreik beantworten werden.

Verhör der Bergleute beginnt heute

Indianapolis, Ind., 7. Dez.—Die Justizbehörden betreiben ihre Vernehmung der Bergleute der Unionisten, die durch Fortsetzung des Streiks und Beschränkung der Produktion des Leber'sche Gefäß und die Anti-Trust-Akte übertraten. Der verurteilte Einheitsbrot des Richters Anderson hat durch einen Erzeugungsbeschl des Richters Kester in West-Prangin, der 549 Bergleute ihrer Wirksamkeit entzogen, eine ähnliche Verurteilung erfahren. Am Montag die Verhöre gegen die Arbeiterführer vor den Bund's Großgeschmornen ohne Verzögerung eröffnen zu können, hat man schon eine große Zahl anderer, auf deren Verurteilung viel ankommt, wegen Verurteilung des Gerichts in East genommen.

Hoover wird Zeitungsbefehl

Washington, 8. Dez.—Der hiesigen „Washington Herald“ ist von seinem hiesigen Eigentümer einem Korrespondent veräußert worden, dessen Spitze Herbert Hoover hielt.

Washington hofft auf Ende des Streiks

Zugbeschränkungen werden, falls man sich einigt, bis zum 1. Januar aufrecht erhalten bleiben; Kohlenzufuhr die Hauptsache.

Bergleute schenken Lewis und Green Vertrauen.

Washington, 8. Dez.—Im Weißen Hause wurde heute folgende Erklärung abgegeben: „Es ist die Hoffnung vorhanden, daß der Kohlenarbeiterstreik Dienstag nachmittag bis einschließlich beilegt werden wird, indem man den vom Präsidenten vorgelegten Plan annimmt.“

Springfield, Ill., 8. Dez.—Vize-Präsident Harry Fisk wird von der Kohlenarbeiterkammer zur beiderseitigen Lohnkommission zur Arbeit zurückzuführen sollen. Die Beschränkung des Bahnverkehrs wird dann noch mehrere Wochen aufrecht erhalten bleiben, um den Kohlenzufuhr freie Bahn zu geben, damit die leeren Kohlenbehälter der Fabriken wieder gefüllt werden können. Gleich noch keine Einzelheiten über den von Präsident Wilson angelegten Plan zur Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks bekannt sind, heißt es dennoch, daß eine Lohnerhöhung von mehr als 14 Prozent nicht in Anrede gebracht worden ist. Zwischen befinden sich Regierungsbeamte und Vertreter der Regierung auf dem Wege nach Indianapolis, wo morgen die Konferenz stattfindet. Generalbundesanwalt Palmer ist davon überzeugt, daß der Streik beilegt werden wird. Es heißt, daß Palmer sofort nach seinem Eintreffen in Indianapolis mit Richter Anderson Rücksprache nehmen wird.

Baron Lersner soll abberufen werden

Berlin, 8. Dez.—Die deutsche Regierung hat sich über die Ratifikationsfrage noch nicht geäußert; es sind Gerüchte im Umlauf, daß Baron Lersner und seine Abgesandten durch eine neue Delegation ersetzt werden sollen, bestehend aus Finanzleuten, Vertretern der Geschäftswelt, Diplomaten und Führern der Nation.

Straßenbahn-Dienst in Toledo, O., wieder aufgenommen

Toledo, Ohio, 7. Dez.—Am Samstag sah Toledo zum ersten Mal in 30 Tagen den Straßenbahn-Dienst wieder in Betrieb. Nachdem der Streik der Straßenbahn-Gesellschaft wieder die Straßen zur Benutzung der Straßen wieder hatte, legte ein Befehl des Bundesrichters Willis das ganze Geschäft wieder in Bewegung, gerade rechtzeitig um das Publikum vor einem heftigen Schneesturm und einer kalten Welle zu schützen.

Abereinkommen erzielt

Washington, 8. Dez.—Generalanwalt Palmer hat am Sonntag morgen die Bekanntmachung erlassen, daß zwischen den Regierungsbeamten einerseits und John Lewis und William Green, dem Präsidenten und Sekretär des Kohlenarbeiterverbandes andererseits, ein Abereinkommen getroffen worden sei, nach welchem ein Kompromißvorschlag für die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks am nächsten Dienstag einer Versammlung des vollziehenden Ausschusses der Kohlenarbeiter vorgelegt werden soll. Die Bekanntmachung des Generalanwaltes hat folgenden Wortlaut: „Am Samstag wurde im Justizdepartement in Washington eine Konferenz abgehalten, auf welcher der Generalanwalt, der Sekretär des Präsidenten, Herr Lummis, John L. Lewis, der Präsident, und William Green, der Sekretär und Schatzmeister der United Mine Workers of America, anwesend waren, um möglicherweise ein Verständnis zwischen der Regierung und den Bergleuten zu erreichen, welches zu einer Beilegung der Kohlenarbeiterstreiks führen könnte.“

Ende des Stahlstreiks in Sicht

Youngstown, O., 8. Dez.—Das nationale Streikkomitee der Stahlarbeiter wird am 13. Dezember in Washington eine Versammlung abhalten, um über die Beendigung des Stahlstreiks abzusprechen. Die Abstimmung wird von den Präsidenten der 24 internationalen Verbände, welche dem Stahlarbeiterverband angehören, vorgenommen werden.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung—Schnee heute abend und Dienstag. Etwas kälter heute abend.

Für Nebraska—Wahrscheinlich Schnee heute abend und Dienstag. Etwas kälter heute abend in nördlichen und westlichen Teilen. Etwas wärmer heute abend in südlichen Teilen.

Für Iowa—Schnee und Frost heute abend und Dienstag.